

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Rates am 16.02.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	5
2 Einwohnerfragestunde	5
3 Anfrage der Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" vom 20.09.2016 betr. Beteiligungen der Stadt Meerbusch / Transparenzregelungen; Beantwortung durch Herrn Rechtsanwalt Hallmann vom Büro RSM Verhülsdonk	5
4 Email-Affäre - gemeinsamer Prüfauftrag aller Fraktionen Vorlage: BM/0162/2017	6
5 Auflösung, Neubildung und Besetzung von Ausschüssen Vorlage: BM/0549/2017	6
6 Aufhebung der Bestellung von beratenden Mitgliedern der ehemaligen Fraktion "Die Aktiven" in Ausschüssen des Rates der Stadt Meerbusch Vorlage: BM/0547/2017	6
7 Weiterentwicklung der Ratsbeschlüsse zu den Flüchtlingsunterkünften in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB2/0569/2017	7
8 Bebauungsplan Nr. 308, Meerbusch-Osterath, Barbara-Gerretz-Schule / Am Hoterhof Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB Vorlage: FB4/0557/2017	7
9 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, im Bereich Düsseldorfer Straße / Auf den Steinen 1. Beschluss über Stellungnahmen 2. Beschluss über Änderungen 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB Vorlage: FB4/0542/2016	8
10 Grundstücksangelegenheit: Veräußerung von Baugrundstücken im Baugebiet Strümper Busch, nördl. Bereich Vorlage: FB6/0545/2017	9
11 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/0564/2017	9
12 XIII. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/0548/2017	10

13	IX. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse Vorlage: ZD/0560/2017	11
14	Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung der Vorsitzenden Vorlage: ZD/0013/2017 ...	12
15	Neuwahl des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses und seines Vertreters, Neuwahl des Sachverständigen für Bewertung und seines Vertreters Vorlage: FB6/0539/2016	12
16	Beitritt der Stadt Meerbusch zur Anstalt öffentlichen Rechts "d-NRW AöR" Vorlage: ZD/0568/2017	12
17	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2016 und Nachtrag für 2017 Vorlage: SFI/0160/2017	13
18	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO von Haushaltsjahr 2016 nach 2017 Vorlage: SFI/0161/2017	13
19	Aufstellung der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin Vorlage: BM/0567/2017	13
20	Anträge	13
20.1	Antrag der FDP-Fraktion vom 18. Januar 2017 bez. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0151/2017	13
20.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2017 bez. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0153/2017	14
21	Anfragen	15
22	Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle	15
23	Termin der nächsten Sitzung: 27. April 2017	16
24	Verschiedenes	16
24.1	Sanierung Sporthalle Meerbusch-Gymnasium	16
24.2	LKW-Verkehr in Meerbusch-Lank	16
24.3	Erörterungstermin Flughafenerweiterung	17
24.4	Flüchtlingssituation	17

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage

Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklies Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

anwesend bis TOP 6

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dieter Jünckerkes Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Frau Katja Schulz	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 24

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

von der SPD-Fraktion

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
-----------------------------------	--------------

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
--------------------------	--------------

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied
--------------------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage darauf hin, dass der Ausschuss für Planung und Liegenschaften die Tagesordnungspunkte 8 und 10 der heutigen Tagesordnung des Rates in seiner Sitzung am 14.02.2017 vertagt habe. Insofern würde eine Beratung dieser Punkte heute nicht erfolgen.

Der Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen unter TOP 4 wird zum gemeinsamen Antrag aller Fraktionen erhoben.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert weiter, dass sie beabsichtige die Anfrage der SPD-Fraktion unter TOP 7 zu behandeln.

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verpflichtet Ratsherrn Heinz Berend Jansen, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Einwohner zu erfüllen.

2 Einwohnerfragestunde

Fragestellerin 1 nimmt Bezug auf die Planungen „Am Alten Teich“ und lobt die Flexibilität der Verwaltung bei den bisherigen Planungen unter Berücksichtigung der sich laufend ändernden Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge. Sie fragt nach, ob davon ausgegangen werden könne, dass nun mehr anerkannte Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zugewiesen und dass Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive in den Flüchtlingsunterkünften (Eisenbrand und Schule Fröbelstraße) untergebracht würden. Zudem frage sie, wie sich die Zahlen entwickeln würden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass derzeit 118 anerkannte Flüchtlinge noch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht seien, da es derzeit auf dem Wohnungsmarkt keine ausreichende Zahl an öffentlich geförderten Wohnungen gebe. Hinsichtlich der Prognose erklärt sie, dass Meerbusch keinen Einfluss auf künftige Zuweisungen habe und die Entwicklung daher nicht vorhersehbar sei. Man könne daher nur auf Basis der heutigen Zahlen planen.

Fragestellerin 2 weist daraufhin, dass das Grundstück „Am Alten Teich“ ja nun nicht mehr für eine Reihenhausbebauung zur Flüchtlingsunterbringung vorgesehen sei. Sie frage daher, wie das Grundstück ohne Ausschreibung von der Stadt veräußert werden könne. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert das bisherige mit der Deutschen Reihenhaus durchgeführte Verfahren. Sie weist außerdem darauf hin, dass Entscheidungen noch nicht gefallen seien. Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften habe diese Punkte vertagt, weil weiterer Beratungsbedarf bestehe, insofern entfielen die entsprechenden Punkte, wie sie eingangs auch schon ausgeführt habe, in der heutigen Sitzung des Rates.

3 Anfrage der Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" vom 20.09.2016 betr. Beteiligungen der Stadt Meerbusch / Transparenzregelungen; Beantwortung durch Herrn Rechtsanwalt Hallmann vom Büro RSM Verhülsdonk

Herr Rechtsanwalt Hallmann vom Büro RSM Verhülsdonk nimmt detailliert zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.09.2016 hinsichtlich der Beteiligungen der Stadt Meerbusch und der damit zusammenhängenden Transparenzregelungen Stellung.

Im Laufe der Präsentation ergeben sich aus den Fraktionen unterschiedlichste Anmerkungen bzw. Nachfragen, die von Herrn Rechtsanwalt Hallmann beantwortet werden. Ratsherr Marc Becker stellt fest, dass die Bilanz der WBM auf der Internet-Seite der WBM nur bis zum Jahre 2013 eingestellt sei. Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anmerkung des Schriftführers:

Nach Rücksprache zwischen der Bürgermeisterin und dem Geschäftsführer der WBM werden die Bilanzen der Folgejahre ebenfalls auf der Internetseite der WBM veröffentlicht. Die jährliche Veröffentlichung erfolgte in der Vergangenheit lediglich im Bundesanzeiger, eine gleichzeitige freiwillige Veröffentlichung auf der WBM-Seite ist aufgrund eines Wechsels des Sachbearbeiters irrtümlich nicht fortgeführt worden.

4 Email-Affäre - gemeinsamer Prüfauftrag aller Fraktionen
Vorlage: BM/0162/2017

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die vorliegende Informationsvorlage. In der anschließenden Diskussion sprechen sich Vertreter aller Fraktionen dafür aus, die Kosten der kriminaltechnischen, sprachwissenschaftlichen Untersuchung, zur Prüfung einer möglichen Täterschaft aus dem Haushalt der Stadt Meerbusch zu tragen. Diese Entscheidung erfolgt einstimmig.

5 Auflösung, Neubildung und Besetzung von Ausschüssen
Vorlage: BM/0549/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Rechnungsprüfungsausschuss sowie den Wahlausschuss aufzulösen.

Der Rat beschließt des Weiteren, den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Rechnungsprüfungsausschuss sowie den Wahlausschuss neu zu bilden und wie in der Anlage dargestellt zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Aufhebung der Bestellung von beratenden Mitgliedern der ehemaligen Fraktion "Die Aktiven" in Ausschüssen des Rates der Stadt Meerbusch
Vorlage: BM/0547/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Aufhebung nachstehender Bestellung von beratenden Mitgliedern gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NRW:

Gremium

1. Ausschuss Schule und Sport
2. Bau- und Umweltausschuss
3. Sozialausschuss
4. Ausschuss für Planung und Liegenschaften
5. Kulturausschuss

Beratendes Mitglied

Georg Heuschen
Sylvia Minten
Christian Städter
Karsten Weigmann
Vera Wiegner-Broscheit

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7 Weiterentwicklung der Ratsbeschlüsse zu den Flüchtlingsunterkünften in der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB2/0569/2017

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Beratung des Tagesordnungspunktes vertagt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	9		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	5		
UWG	1	1	
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp	-		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	46	1	

Ratsherr Schoenauer nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Ratsherr Neuhausen erklärt, dass die von seiner Fraktion gestellte Anfrage zur vorliegenden Thematik in der Sitzung nicht beantwortet werden müsse. Es reiche aus, die Antwort dem Protokoll beizufügen. Zugleich habe die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf. Insofern beantrage er Vertagung und zunächst eine Vorberatung in den zuständigen Gremien.

Die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.02.2017 wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

8 Bebauungsplan Nr. 308, Meerbusch-Osterath, Barbara-Gerretz-Schule / Am Hoterhof
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB
Vorlage: FB4/0557/2017

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- 9 **6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, im Bereich Düsseldorfer Straße / Auf den Steinen**
 1. Beschluss über Stellungnahmen
 2. Beschluss über Änderungen
 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
 Vorlage: FB4/0542/2016



Beschluss:

1. Beschluss über Stellungnahmen

Der Rat der Stadt stimmt der Behandlung der Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722), gemäß Anlage 1 zur vorliegenden Vorlage zu.

Der Rat der Stadt nimmt Kenntnis von den zu dem Bebauungsplan-Entwurf 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 51 BD während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Anregungen und entscheidet hierüber gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entsprechend Anlage 2 zur vorliegenden Vorlage.

2. Beschluss über Änderungen

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, im Bereich Düsseldorfer Straße / Auf den Steinen in grüner Farbe.

Es handelt sich insbesondere um:

- Ergänzung eines Hinweises in den textlichen Festsetzungen zum Anlagenschutzbereich von Flugsicherungseinrichtungen

3. Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Der Rat der Stadt beschließt die 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 51 BD, Meerbusch-Büderich, im Bereich Düsseldorfer Straße / Auf den Steinen, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV.NRW. S. 666/SGV.NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV.NRW. S. 496) als Satzung mit der Begründung vom 20. Dezember 2016,

für ein Gebiet, das im Osten von der Düsseldorfer Straße, im Norden von der Straße „Auf den Steinen“, im Südosten von der Straße „In der Meer“, im Nordwesten durch das Flurstück 152 („Auf den Steinen 5“), im Südwesten durch das Flurstück 147 („In der Meer 3“) begrenzt ist, maßgebend ist die Festsetzung des räumlichen Geltungsbereiches gemäß § 9 Abs. 7 BauGB in der 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans Nr. 51 BD.

Mit dem Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes tritt der Bebauungsplan Nr. 51 BD, soweit er von der 6. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplans überlagert wird, teilweise außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

- 10 Grundstücksangelegenheit: Veräußerung von Baugrundstücken im Baugebiet Strümper Busch, nördl. Bereich**
Vorlage: FB6/0545/2017

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- 11 Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich**
Vorlage: FB2/0564/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Tagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden II. Änderungssatzung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD		9	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	5		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp	-		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	37	11	

Ratsfrau Schoppe berichtet von den Beratungen aus der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport.

Ratsherr Neuhausen erklärt, dass die SPD-Fraktion der Satzungsänderung nicht zustimmen könne. Den im FDP-Antrag formulierten Vorschlag halte man für gerechter. Der jetzige Vorschlag sei nicht schlecht, jedoch würden kleine und mittlere Einkommen mehr belastet und die höheren Einkommen zu stark entlastet.

Ratsherr Peters bemängelt, dass in Session nur der Beschlussvorschlag der Verwaltung nachzulesen sei. Insofern müsse klar sein, dass hier über die Satzung in Form des Änderungsantrages der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen abgestimmt werde (Antrag vom 29.01.2017). Ratsherr Damblon widerspricht der Auffassung der SPD-Fraktion. Man habe in Meerbusch mit 30.000 € den höchsten Freibetrag und zudem erfolgt insgesamt eine deutliche Entlastung von 20%.

Ratsherr Rettig führt aus, dass die FDP die Absicht hatte, die Struktur der Satzung zu ändern, um die Möglichkeit zu haben, stärker zu differenzieren. Insgesamt gehe der nun zur Abstimmung vorliegende Entwurf jedoch in die richtige Richtung, so dass seine Fraktion zustimmen werde.

Ratsherr Peters weist nochmals daraufhin, dass Fakt sei, dass kleine und mittlere Einkommen eine deutliche Entlastung erfahren würden. Insgesamt rede man über einen Betrag von rd. 30.000 €. Die Berichterstattung in der Presse sei daher völlig falsch gewesen und vermittele den Bürgerinnen und Bürgern ein vollkommen falsches Bild.

12 XIII. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch

Vorlage: ZD/0548/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die in der Anlage beigefügte XIII. Änderung der Hauptsatzung (Alternative 1) zu beschließen.

Änderung § 4**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Änderung § 5 Abs. 6**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Änderung § 5 Abs. 8

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		
SPD		8	1
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	5		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp	-		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39	8	1

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und gibt einen Überblick über die in den anderen Kommunen des Rhein-Kreises Neuss getroffenen Regelungen, die sich überwiegend an der nun auch in Meerbusch vorgeschlagenen Regelung orientieren. Der Rhein-Kreis Neuss selber wolle die für den Landschaftsverband getroffene Regelung übernehmen, wonach eine deutlich geringere Entschädigung für die Ausschussvorsitzenden pro Sitzung gezahlt werde. Nach Rücksprache mit dem Landrat halte sowohl er als auch sie selbst die nunmehr vorgeschlagene Regelung für rechtens, so dass bei einem etwaigen Beschluss ihrerseits keine Beanstandung erfolge.

Ratsherr Damblon führt aus, dass die Absicht das Ehrenamt zu stärken gut sei, jedoch die nunmehr vorliegende gesetzliche Regelung miserabel ausgeführt wurde. Die Beträge seien nicht ausgewogen.

Ratsherr Peters signalisiert für seine Fraktion, dass sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung mittrage. Ratsherr Rettig erklärt, man habe sich im Hauptausschuss noch enthalten, nach weiterer Beratung in der Fraktion werde man nun aber zustimmen. Ratsherr Marc Becker erklärt, dass das Gesetz von Landesgesetzgeber so gewollt sei. Es handele sich um eine Quersubventionierung der Parteiarbeit, insofern lehne man die gesetzliche Regelung ab und werde dem Verwaltungsvorschlag zu stimmen.

Ratsherr Jüngerkes führt aus, dass die nun angesprochenen Aspekte in dem rund dreijährigen Gesetzgebungsverfahren alle angesprochen worden seien. Ziel sei es, das kommunalpolitische Ehrenamt zu stärken. Der vorliegende Beschlussentwurf würde dieser Zielsetzung nicht gerecht. Er halte die Beschlussempfehlung für rechtswidrig. Zudem bitte er für seine Fraktion, über die einzelnen Änderungspunkte der Hauptsatzung einzeln abstimmen zu lassen.

13 IX. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse **Vorlage: ZD/0560/2017**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die in der Anlage beigefügte IX. Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates und seiner Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die einzelnen vorgesehenen Änderungen der Zuständigkeitsordnung.

14 Einigungsstelle nach dem LPVG; Bestellung der Vorsitzenden
Vorlage: ZD/0013/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Direktor des Arbeitsgerichts Krefeld, Herrn David Hagen, Preußenring 49, 47798 Krefeld zum Vorsitzenden und den ehemaligen Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht, Herrn Prof. h.c. Dr. h.c. Wulfhard Göttling, Leitenstorfferstr. 13, 40597 Düsseldorf zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15 Neuwahl des Vorsitzenden des Umlegungsausschusses und seines Vertreters, Neuwahl des Sachverständigen für Bewertung und seines Vertreters
Vorlage: FB6/0539/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch bestellt mit Wirkung vom 01.03.2017 für die Dauer von 5 Jahren gemäß §§ 3 und 5 Abs. 1, Satz 2 und 3 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches folgende Herren als Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Meerbusch:

- a) als Vorsitzenden des Ausschusses
Herrn Stephan Klein, Erkrath
- b) als Vertreter des Vorsitzenden
Herrn Gernot Wagner, Pulheim
- c) als Sachverständigen für Bewertung
Herrn Achim Filenius, Sankt Augustin
- d) als Vertreter des Sachverständigen für Bewertung
Herrn Sebastian Biela, Brühl

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

16 Beitritt der Stadt Meerbusch zur Anstalt öffentlichen Rechts "d-NRW AöR"
Vorlage: ZD/0568/2017

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Beitritt der Stadt Meerbusch zur „d-NRW Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss sich in seiner Sitzung am 10.11.2016 bereits mit der Thematik befasst habe und den Beitritt beschlossen habe. Gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe I) ist der Beitrittsbeschluss aber vom Rat der Stadt zu fassen.

17 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2016 und Nachtrag für 2017

Vorlage: SFI/0160/2017

Ratsherr Rettig weist auf die Problematik der Veranschlagung der Kreisumlage hin. Es zeige sich nun, dass sich eine geringere Veranschlagung der Kreisumlage als politisches Signal nicht eigne. Nunmehr sei der zu gering veranschlagte Betrag überplanmäßig bereitzustellen. Dies sei auch im laufenden Jahr wieder zu erwarten. Nach seiner Auffassung widerspreche dies auch dem Gebot der Wahrheit und Klarheit bei der Haushaltsveranschlagung.

Der Rat nimmt über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2016 und Nachtrag für 2017 zur Kenntnis.

18 Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO von Haushaltsjahr 2016 nach 2017

Vorlage: SFI/0161/2017

Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass es für die Nichtübertragung von rund 2 Mio. € bei der Hochbaumaßnahme „Flüchtlingsunterkünfte“ keinen politischen Beschluss geben würde und er insofern überrascht sei, dass nicht der volle noch zur Verfügung stehende Betrag von rd. 3,35 Mio. € in das Jahr 2017 übertragen werde.

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

19 Aufstellung der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin

Vorlage: BM/0567/2017

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

20 Anträge

20.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 18. Januar 2017 bez. Ausschussumbesetzung

Vorlage: ZD/0151/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt nachstehende Änderungen der Ausschussbesetzung:

Ausschuss für Planung und Liegenschaften, Ausschuss für Schule und Sport, Kulturausschuss, Sozialausschuss, Bau- und Umweltausschuss

Vertreter

streiche ersatzlos

Christian Beck

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter	streiche ersatzlos	Wolf Meyer-Ricks
-----------	--------------------	------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**20.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 31. Januar 2017 bez. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0153/2017**

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Ausschussumbesetzungen:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Vertreter 4	streiche	Angela Gröters
Vertreter 8	setze	Heinz Berend Jansen

Bau- und Umweltausschuss

Vertreter 5	streiche	Dennis Adam
Vertreter 10	streiche	Angela Gröters

Ausschuss für Planung und Liegenschaften

Vertreter 3	streiche	Helmut Rustemeier
Vertreter 6	streiche	Heinz Berend Jansen
Vertreter 9	streiche	Dennis Adam
Vertreter 13	streiche	Angela Gröters
Vertreter 14	setze	Heinz Berend Jansen

Kulturausschuss

Vertreter 4	streiche	Dennis Adam
Vertreter 9	streiche	Angela Gröters
Vertreter 12	setze	Heinz Berend Jansen

Sozialausschuss

Vertreter 1	streiche	Heinz Berend Jansen
Vertreter 12	setze	Heinz Berend Jansen

Ausschuss für Schule und Sport

Vertreter 5	streiche	Claudia Kablitz
Vertreter 14	setze	Heinz Berend Jansen

Angela Gröters verbleibt als Sachkundige Bürgerin ordentliches Mitglied.

Jugendhilfeausschuss

Persönlicher Vertreter 1	streiche setze	Angela Gröters Renate Kox
--------------------------	-------------------	------------------------------

Rechnungsprüfungsausschuss

Vertreter 3	streiche	Angela Gröters
Vertreter 6	setze	Heinz Berend Jansen

Wahlausschuss

Vertreter	streiche Setze	Angela Gröters Heinz Berend Jansen
-----------	-------------------	---------------------------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

21 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

22 Bericht der Verwaltung / Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

22.1 Fahrt nach Fouesnant / Bretagne

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage teilt mit, dass die Meerbuscher Delegation vom 25. Mai bis zum 28. Mai 2017 die Partnerstadt in der Bretagne besuche. Die Abfahrt in Meerbusch sei um 5:00 Uhr am 25.05., die Rückfahrt erfolge am 28.05. am Abend, sodass man am Montagmorgen wieder Meerbusch erreiche. Bisher habe sie 12 positive Rückmeldungen aus dem Rat erhalten. Weitere Teilnehmer seien willkommen.

22.2 Anhörungsverfahren der Bezirksregierung zum Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über das seit dem 13.02.2017 laufende Anhörungsverfahren. Zum Beginn des ersten Tages habe der Flughafen sein Vorhaben vorgestellt, bis zum Ende des dritten Tages seien dann die Einwendungen der 10 Kommunen behandelt worden, seit heute würde das Vorbringen der privaten Einwender behandelt.

Der Flughafen habe darauf hingewiesen, dass er keine Gesamtanzahl von Flugbewegungen beantragt habe, sondern Stundeneckwerte. Zugleich hat der Flughafen beantragt, die heutige Obergrenze von 131.000 Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten zu streichen. Damit stünde dem Flughafen im Falle einer Genehmigung des Antrags eine Kapazität von 178.000 Slots für diesen Zeitraum und insgesamt 318.000 (heute: 256.000) für das Jahr zur Verfügung.

Insgesamt habe die Erörterung ergeben, dass aufgrund der fehlenden Verkehrsprognose eine realistische Abschätzung der Auswirkungen auf die Anwohner nicht möglich ist. Die Zahl der Verspätungen - insgesamt 1.991 Landungen nach 23 Uhr - sei in 2016 so hoch wie noch nie gewesen. Dass dies auch anders gehe, beweise der Flughafen Frankfurt mit insgesamt 463.000 Flugbewegungen und

nur 700 Verspätungen. Gerade die hohe und stetig steigende Zahl von Flugbewegungen sei in der Fluglärmkommission immer kritisiert worden. Wenn der Flughafenchef in einem Gespräch mit Journalisten wenige Tage vor der öffentlichen Anhörung nun eine Charmeoﬀensive starten wolle, obwohl jahrelang auf die berechtigten Beschwerden mit Hinweis auf fehlende Zuständigkeit nicht reagiert wurde, sei dies wenig glaubhaft. Im Anhörungstermin habe der Flughafen keinen Nachweis führen können, dass es für die beantragte Kapazitätserweiterung einen verkehrswirtschaftlichen Bedarf gibt. Vielmehr hat sich der Verdacht verstärkt, dass es der Antragstellerin ausschließlich um Profitinteressen geht.

Die Kapazitätserweiterung würde zu einem Anstieg gesundheitsgefährdender Belastungen der Meerbuscher Bürger/innen durch Lärmereignisse und durch Luftschadstoffe einhergehend mit Entwicklungsdefiziten bei den Kindern in Schulen und Kitas führen. Dies sei sehr klar durch die medizinischen Gutachter dargelegt worden. Die Luftschadstoffe überschritten bereits heute erheblich die Empfehlungen der WHO, ultrafeine Partikel haben eine besondere Toxizität.

Trotz beantragter massiver Bewegungssteigerungen und kürzer werdenden Staffelnabständen sei kein Sicherheitsgutachten betreffend Absturzrisiken und sonstiger Gefahren erstellt worden. Alle Gutachten betrachten ausschließlich eine fiktiv erwartete Ausnutzung der beantragten Kapazität, nicht aber die weit höhere liegende beantragte Zahl von Flugbewegungen.

Ratsfrau Niegeloh berichtet von ihrer Teilnahme am Erörterungstermin und dankt den dort anwesenden Mitarbeitern der Verwaltung, Herrn Westerlage, Herrn Horn und Herrn Kirsten, ausdrücklich für ihre kompetente Vorbereitung und Darstellung der Einwendungen der Stadt im Termin.

23 Termin der nächsten Sitzung: 27. April 2017

Die nächste Sitzung findet am 27. April 2017 statt.

24 Verschiedenes

24.1 Sanierung Sporthalle Meerbusch-Gymnasium

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage unterrichtet den Rat über Zeitplanung bezüglich der Instandsetzung der Sporthallen des Städtischen Meerbusch-Gymnasiums. Man hoffe auf eine Fertigstellung bis Ende September, dann stünden die Hallen auch dem Vereinssport wieder zur Verfügung. Die Umkleiden würden wechselseitig renoviert, sodass der Betrieb in einer Halle weiterlaufen könne.

Das Land würde einen Betrag von 832.000 € refinanzieren, so dass sich die stadteigenen Aufwendungen noch auf rd. 600.000 € belaufen.

24.2 LKW-Verkehr in Meerbusch-Lank

Auf Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen berichtet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage über den Stand der Kommunikation zwischen der Stadt und dem Rhein-Kreis Neuss zur Installation einer ortsfesten Anlage und einer Ahndung von LKW-Durchfahrtsverboten durch den Kreis. Mit Hinweis auf die Anzahl der verbotswidrigen Durchfahrten und dem investiven und konsumtiven Aufwand habe der Kreis keine Rechtfertigung gesehen, in der von der Stadt beantragten Art und Weise tätig zu werden. Im Verlauf der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass das Thema in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses behandelt wird. Dabei sollen auch die Messergebnisse kommuniziert werden.

24.3 Erörterungstermin Flughafenerweiterung

Ratsfrau Glasmacher bemängelt das Anhörungsverfahren der Bezirksregierung zur Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf. Es gäbe keinen klaren zeitlichen Ablauf und man wisse als privater Einwender nicht, wann welche Themen besprochen werden und wann man mit der eigenen Einwendung ggfs. an der Reihe sei. Von Mitarbeitern der Bezirksregierung erhalte man die Auskunft, da müsse man sich eben ein paar Tage Urlaub nehmen. Ein solches Verhalten sei inakzeptabel.

Man müsse auch noch einmal die von der Stadt Mülheim an der Ruhr angesprochen Überflughöhen thematisieren. Im Stadtteil Lank würden 80 Dezibel mittlerweile überschritten. Auch das Thema Flachstartverfahren vs. Steigflugverfahren spiele eine große Rolle.

24.4 Flüchtlingssituation

Ratsherr Focken nimmt Bezug auf die von Ersten Beigeordneten Maatz im Sozialausschuss angesprochenen neuen Flüchtlingszahlen und bittet darum, die weitere Entwicklung und die Hintergründe der Zuweisungsverfahren zum Thema der nächsten Sozialausschusssitzung zu machen.

Meerbusch, den 22. Februar 2017

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in